

Kompetent. Engagiert.
Grüne Positionen für eine neue Politik

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserin, lieber Leser!

Das hervorragende Ergebnis der Grünen bei den Europawahlen hat gezeigt, daß es sich lohnt, oppositionelle Politik zu machen. Die Vorstellungen von uns Grünen zum Schutz unserer Umwelt, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Sicherung der Neutralität, um nur einige zu nennen finden immer stärkere Zustimmung. Je mehr Unterstützung wir von den BürgerInnen erhalten, desto mehr können wir bewegen. Im Interesse der Umwelt und der Menschen.

Lebensqualität ist uns Grünen ein zentrales Anliegen. Auch unseren Kindern und Enkelkindern soll eine intakte Umwelt erhalten bleiben. Damit auch sie noch Natur erleben können. Deshalb wollen wir das Leben um uns vor dem Aus-Sterben schützen: die Au bei Hainburg ebenso wie den Regenwald am Amazonas.

Doch ohne soziale Sicherheit geht gar nichts. Dazu gehört, einen Arbeitsplatz zu finden, der die eigenen Lebensumstände berücksichtigt. Dazu gehört das Recht auf Kinderbetreuung, um Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen und ganz besonders Frauen mit Kindern eine berufliche Laufbahn zu ermöglichen. Dazu gehört auch das Recht auf Aus- und Weiterbildung, um sich persönlich zu entfalten und die Lust am Neuen wieder zu entdecken. Aber auch finanziell abgesicherte Zeit zum "Verschnaufen" ist wichtig: Oft genügt ein befristeter Ausstieg aus dem gewohnten beruflichen Alltagstrott, um neue Perspektiven zu entwickeln.

Soziale Sicherheit muß für alle Lebenslagen gelten. Nach wie vor haben Zehntausende Frauen keinen eigenen Pensionsanspruch im Alter. Nach wie vor schnappen Arbeitslosigkeits- und Armutsfalle allzuleicht zu. Nach wie vor nimmt das Sozialsystem kaum Rücksicht auf Karriereverläufe mit Unterbrechungen, zeitweise geringfügiger Beschäftigung oder Teilzeitarbeit. Das wollen wir Grüne ändern. Jede Frau und jeder Mann soll Anspruch auf eine gesicherte Existenz haben.

Ein NATO-Beitritt, der Österreich nichts bringt, aber viel kostet, kommt für uns Grüne nicht in Frage. Ganz im Gegenteil: In der Neutralität liegt Österreichs Stärke, sie ist die Basis für eine aktive Vermittlerrolle in der internationalen Gemeinschaft für eine aktive Friedenspolitik.

Kein feindlicher Nachbar bedroht Österreich militärisch. Tatsächlich bedroht ist Österreich jedoch von Atomkraftwerken rund um Österreich. Panzer und Abfangjäger erhöhen unsere Sicherheit nicht; unseren Nachbarn beim Ausstieg aus der Atomenergie zu helfen, sollte uns hingegen etwas wert sein. Dafür kämpfen wir Grüne.

Grüne Politik umfaßt viel mehr als den klassischen Naturschutz, so wichtig uns dieser ist. Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit, endlich Gleichberechtigung der Frauen, Sicherung der Menschen- und BürgerInnenrechte, die Freiheit der Kunst, ein lustvolles Ambiente in unseren Städten auch das sind Ziele, für die wir kämpfen. Mit Ihrer Unterstützung.

Ihr

Alexander Van der Bellen

Österreich braucht starke Grüne

Unser Ziel ist der verantwortungsbewußte Umgang mit unserer Umwelt. Das betrifft die Sicherung gesunder Lebens-Mittel ebenso wie eine aktive Friedenspolitik oder eine Gesellschaft, in der alle Menschen Anteil am Wohlstand und Chance auf eigenständige Lebensentscheidungen haben. Wir Grünen machen dafür politisch Druck, leisten Widerstand, zeigen Fehlentwicklungen und Mißstände auf. Unsere Ideen wurden zu konkreten Konzepten. Wo wir stark sind, können wir sie umsetzen. Für die nachhaltige Nutzung unserer natürlichen Ressourcen, für eine tolerante, solidarische Gesellschaft, für die Selbstbestimmung von Frauen, für ein Ende der Behinderung von Menschen mit körperlichen oder geistigen Besonderheiten, für die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte, für eine aktive Neutralitätspolitik.

Die Große Koalition bedeutet Reformstau und Wadelbeißerei, Stillstand in der Umweltpolitik, Rückschritt im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Unehrlichkeit in der Sicherheitspolitik und Gewissenlosigkeit im Umgang mit Menschenrechten, Vertuschung von Skandalen.

Gemeinsam haben ÖVP und SPÖ die Grenzen des Sozialstaates immer enger gezogen, Menschen am Rand der Gesellschaft als angeblichen "Sozialschmarotzern" den Kampf angesagt, das Ausländervolksbegehren der FPÖ in Paragraphen gegossen und sich gegenseitig unterstützt bei der Erhaltung der Macht und Postenbesetzungen. Vor Wahlen heucheln sie nun gemeinsam Betroffenheit über Armut, Arbeitslosigkeit, Fremdenfeindlichkeit, Frauendiskriminierung und Politikverdrossenheit, für die sie selbst die Verantwortung tragen.

Dieser Politik der Ausgrenzung, des sozialen Rückschritts und der gesellschaftlichen Polarisierung wollen wir Grünen stark und offensiv entgegentreten. Starke Grüne sind der Motor für den notwendigen gesellschaftlichen Aufbruch, für Lebensfreude auch in der Politik, für einen Umbau unserer Gesellschaft, entsprechend den Bedürfnissen der Menschen nach sozialem Schutz und freier Entfaltung, in Einklang mit der Umwelt und unseren Lebensgrundlagen.

Öko-logisch wirtschaften

Atomkraft und Gentechnik in Nahrungsmitteln sind unkontrollierbare Risikotechnologien. Doch nach wie vor beherrschen vollmundige Ankündigungen die Regierungspolitik, auch in der EU konnten sich die zuständigen Gremien weder auf konkrete Initiativen noch auf glaubwürdige Ausstiegskonzepte einigen.

Eine aktive, umfassende Umweltpolitik ist von der Prioritätenliste der Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP gänzlich verschwunden vergessen die Versprechen einer Ökologisierung des Steuersystems, verdrängt die Verpflichtung zur Reduktion der CO₂-Emissionen, und resigniert vor den steigenden Abfall- und Straßenverkehrsaufkommen.

Mit starken Grünen kommt Bewegung in die umweltpolitische Stagnation:
| Umwelt- und Naturschutz sind keine Luxusgüter, die man sich leisten kann oder nicht. Nicht die Konjunktur, sondern das Verantwortungsbewußtsein für unsere Lebensgrundlagen muß über den Stellenwert der Umweltpolitik entscheiden.

| Umweltpolitik heißt für uns Grüne ein Aus für unkontrollierbare Risikotechnologien wie Atomenergie und Gentechnik in der Landwirtschaft. Menschen haben das Recht auf den Genuß gentechnikfreier, gesunder Lebensmittel. Tierfabriken sind sofort zu verbieten.

| Die Verbindung von Umweltschutz und langfristig vorsorgender, moderner

Wirtschaftspolitik im Sinne der nachhaltigen Nutzung unserer Ressourcen ist seit Jahren ein zentrales Anliegen der Grünen. Ein wesentliches Mittel für die Erreichung dieses Zieles ist die ökosoziale Steuerreform die Verschiebung der Steuerlast weg von der menschlichen Arbeit hin zu Umwelt- und Ressourcenverbrauch. Eine ökologisch orientierte Steuerreform schafft Arbeitsplätze und sichert mit unseren Lebensgrundlagen auch die Grundlagen der Wirtschaft.

! Der Straßenverkehr darf im Interesse der Kostenwahrheit nicht mehr länger bevorzugt werden. Statt dessen gilt es, den öffentlichen Verkehr auszubauen und LKWs mittels bester Logistik auf die Schiene zu verlagern.

! Nachhaltige Wirtschaftspolitik bedeutet aber ebenso die Entwicklung innovativer, an Menschen und Umwelt orientierter Produkte und umweltverträglicher Produktionsverfahren.

Ihre Stimme für den verantwortlichen Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen.

Aktive Neutralität statt NATO

Die Große Koalition bedeutet Unehrlichkeit in der Sicherheitspolitik. Die Neutralität wird als Spielball im großkoalitionären Machtkampf benutzt von einer aktiven Neutralitätspolitik haben sich beide Parteien längst verabschiedet. Vizekanzler Schüssel und Verteidigungsminister Fasslabend wollen unter dem Beifall der FPÖ schon heute das österreichische Waffenarsenal NATO-gerecht aufrüsten und am liebsten morgen der NATO beitreten. Bundeskanzler Klima läßt den plakativen Neutralitätsbekenntnissen im Inland gegenteilige Taten im Ausland folgen. In der EU hat er der Aushöhlung der Neutralität zugestimmt. So wird die Neutralität schrittweise entsorgt.

Umfassende Sicherheitspolitik braucht starke Grüne:

! Die sicherheitspolitischen Herausforderungen der Gegenwart verlangen neue Weichenstellungen: Weg von der Sicherheit durch Rüstung, hin zur Sicherheit durch soziale Gerechtigkeit und durch finanzielle Hilfe bei Atom-Ausstiegprojekten in unseren Nachbarländern.

! Raus aus NATO-Phantasien, hin zu einer selbstbewußten aktiven Friedenspolitik. Unsere Stärke als kleines Land liegt nicht in Waffengewalt, sondern in internationalen Verhandlungen.

! Im Interesse einer umfassenden sozialen und ökologischen Sicherheitspolitik muß Österreich seiner Verantwortung für den internationalen Klimaschutz ebenso gerecht werden wie für weltweite Armutsbekämpfung und Krisenprävention.

! Auf Abfangjäger und schwere Kampfpanzer kann ein modernes Sicherheitskonzept verzichten.

Ihre Stimme für aktive Neutralität statt NATO-Beitritt.

Menschenrechte sind unteilbar

Die Große Koalition bedeutet Gewissenlosigkeit im Umgang mit Grund- und Menschenrechten. Mit der Einführung von Rasterfahndung, Lauschangriff und der Erweiterung von Polizeibefugnissen ist die Kontrolle und Bespitzelung der BürgerInnen zulässig geworden. Doch die Kontrolle des eigenen Apparates, die Kontrolle der eigenen politischen Verantwortung haben SPÖ und ÖVP in seltener Eintracht verhindert. Wie es um die Einhaltung der Menschenrechte in Österreich bestellt ist, hat der Tod des Schubhäftlings Marcus Omofuma im Mai dieses Jahres gezeigt. Erneut steht ein System zur Diskussion, dessen menschenverachtende Praktiken seit Jahren vom Innenministerium stillschweigend gefördert wurden. Bundeskanzler Klima hat politische Konsequenzen verweigert. Damit sind Menschenrechte teilbar geworden: das

Recht auf Leben und Gesundheit gilt nicht mehr für alle. Die politische Verantwortung trägt die SPÖ, angetrieben von der FPÖ.

Starke Grüne sorgen dafür, daß niemand mundtot gemacht wird:

| Der staatlich legalisierten Bespitzelung und Überwachung stellen die Grünen den Ausbau der demokratischen Mitbestimmungs- und Kontrollrechte für die BürgerInnen entgegen.

| Der Diskriminierung von MigrantInnen, von Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung, von Menschen mit körperlichen oder geistigen Besonderheiten, von Frauen und Kindern und anderen benachteiligten Gruppen muß mit einem Antidiskriminierungsgesetz, gezielten Förderungen und öffentlicher Bewußtseinsarbeit begegnet werden.

| Sicherheit bedeutet sich verlassen zu können auf die Einhaltung der Menschenrechte, auf die Wahrung der Grundrechte, auf den Schutz der Privatsphäre, auf die UNO-Flüchtlingskonvention und auf den Rechtsstaat.

| Damit gleiches Recht für alle gilt, braucht es eine wachsame Kontrollkraft in Österreich das garantieren die Grünen.

Ihre Stimme für die Einhaltung der Grundrechte.

Fair teilen

Die Große Koalition brachte steigende Arbeitslosigkeit und Sozialabbau.

Einige wenige werden immer reicher, immer mehr Menschen geraten unter die Armutsgrenze. Mehrere Sparpakete wurden in den letzten Jahren beschlossen.

Von der Bundesregierung als "sozial ausgewogen" bezeichnet, haben diese Sparpakete vor allem Frauen, StudentInnen, Arbeitslose, behinderte Menschen und NotstandshilfebezieherInnen zur Kasse gebeten.

Der Rekordarbeitslosigkeit begegnet der selbsternannte "Beschäftigungskanzler" mit Medienoffensiven und statistischen Korrekturen zur Beschönigung der Arbeitslosenzahlen.

Den Frauen in diesem Land werden weiterhin die "billigen" Plätze am Rand des Arbeitsmarktes zugewiesen. Keine einzige Forderung des Frauenvolksbegehrens wurde umgesetzt. Noch immer fehlen zumindest 130.000 Kinderbetreuungsplätze.

Menschen mit körperlichen oder geistigen Besonderheiten haben noch immer keine einklagbaren Rechte und werden so behindert. Ein Gleichstellungsgesetz als Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben fehlt für sie nach wie vor.

Mit starken Grünen werden Arbeit, Geld und Chancen besser verteilt:

Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit verlangt nach einer gesamtwirtschaftlich koordinierten Beschäftigungspolitik. Wir brauchen eine deutliche

Arbeitszeitverkürzung ebenso wie eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die diesen Namen auch verdient. Nicht Kontrolle und Sanktionen dürfen dabei im

Mittelpunkt stehen, sondern aktive Förderung, individuelle Beratung und Qualifizierungsmaßnahmen.

| Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns Grüne: fairteilen von Arbeit, Zeit und Geld. So bekommen Frauen einen gleichberechtigten Zugang zu einer Erwerbsarbeit, von der sie auch leben können. So bekommen Männer ihren gerechten Anteil an Hausarbeit, Kinderbetreuung und der Betreuung von pflegebedürftigen Personen. Die vielfältigen Lebensformen von Frauen und Männern erfordern, daß die sozialen Sicherungssysteme an die Bedürfnisse der Menschen angepaßt werden.

| Unser Konzept der bedarfsorientierten Grundsicherung bietet Menschen ohne ausreichendem Einkommen die Sicherheit einer finanziellen Überlebensbasis, öffnet Freiräume und sichert durch bezahlte Karenzzeiten Chancen auf die Entfaltung persönlicher Fähigkeiten, Talente und Lebenskonzepte.

| Verteilungsgerechtigkeit ist auch eine Frage der Einkommens- und Steuerpolitik. Nach wie vor müssen hundertausende Menschen trotz Vollzeitbeschäftigung mit weniger als 15.000 Schilling brutto im Monat auskommen, während die steigenden Vermögenseinkommen steuerlich kaum erfaßt werden. Wir stehen für Mindestlöhne, von denen Menschen auch leben können und für eine gerechte Vermögensbesteuerung. Das schafft Spielraum für eine

Senkung der Abgaben für niedrige und mittlere Einkommen.

Ihre Stimme für soziale Gerechtigkeit.

Volle Frauen-Power

Durch einige "Sparpakete" und falsche Beschäftigungspolitik hat die Große Koalition Frauen immer stärker an den Rand des Arbeitsmarktes getrieben. Frauen verdienen im Durchschnitt um ein Drittel weniger als Männer. Jede fünfte Alleinerzieherin lebt unter der Armutsgrenze. Wiedereinsteigerinnen haben Glück, wenn sie Billigst-Jobs finden. Mehr als 400.000 Frauen haben keine eigene Pension. Noch immer sind es die Frauen, die für den Großteil der unbezahlten Arbeit zuständig gemacht werden. Spitzenfunktionen in Wirtschaft, Verwaltung und Politik sind dafür weiter fest in Männerhand. Trotz öffentlicher Beteuerungen von Kanzler Klima, das Frauenvolksbegehren Punkt für Punkt umzusetzen, wurde bisher keine der Forderungen Realität.

Starke Grüne sorgen dafür, daß alte Rollenklischees über Bord geworfen werden:

! Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit muß endlich Realität werden. Frauen brauchen durch Frauenförderpläne gezielte Unterstützung für faire Auf- und Einstiegschancen in allen Berufen. Ein verschärftes Gleichbehandlungsgesetz muß Schluß machen mit den vielfältigen Bevorzugungen von Männern.

! Aber auch in allen öffentlichen Institutionen stehen Frauen die Hälfte der Funktionen zu. Bis das für alle selbstverständlich wird, sind daher Frauenquoten zu fixieren. Das gilt für die Regierungsfunktionen ebenso wie für die Leitungsfunktionen des Arbeitsmarktservices. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch eine Frage der Effizienz. Wir haben zu viele schlecht qualifizierte Männer in diesen Gremien, als daß wir auf die vielen qualifizierten Frauen verzichten könnten.

! Um Frauen volle Beteiligung im Arbeitsleben und der Öffentlichkeit zu sichern, muß die unbezahlte Arbeit besser auf Frauen und Männer verteilt werden. Eine Arbeitszeitverkürzung und bezahlte Karenzmodelle für Auszeiten tragen dazu bei. Der Staat hat für qualifizierte und individuell geeignete Kinderbetreuungsplätze zu sorgen.

! Frauenpolitik darf nicht dort zu Ende sein, wo die Interessen der Wirtschaft an billigen, sozial oft nicht abgesicherten Arbeitskräften deutlich werden. Unternehmen müssen auf die Lebenssituation von ArbeitnehmerInnen mit Kindern Rücksicht nehmen.

! Gewalt gegen Frauen und Mädchen sind Ausdruck unserer patriarchalen Gesellschaft. Die Grünen wollen diese Herrschaftsverhältnisse hin zu einer partnerschaftlichen Gestaltung unserer Gesellschaft ändern. Opfern solcher, oft auch die sexuelle Sphäre betreffende, Übergriffe muß durch ein flächendeckendes Netz an Frauenhäusern, Beweiserleichterungen vor den Gerichten und der Schaffung eines eigenen Tatbestandes für sexuelle Belästigung besserer Schutz gewährt werden.

Ihre Stimme für Gleichstellung und eigenständiges Frauenleben.

Österreich braucht einen gesellschaftlichen Aufbruch. Starke Grüne stehen für eine aktive, verantwortliche Umweltpolitik, soziale Gerechtigkeit und

individuelle Lebensmodelle. Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie am 3. Oktober, in welche Richtung sich Österreich in den kommenden vier Jahren bewegt.

Ihre Stimme für

- | den sorgsamem Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen
- | faire Verteilung von Arbeit, Zeit und Geld
- | ein Ende der Rollenzuschreibungen
- | aktive Neutralität
- | Achtung der Grund- und Menschenrechte
- | demokratische Kontrolle der Mächtigen
- | Aufbruch, Fortschritt und individuelle Lebenschancen

Ihre Stimmen für die Grünen.

1. Öko-logisch wirtschaften

Österreich, das Umweltmusterland? Leider nein. Seit Jahren herrscht Stillstand in Österreichs Umweltpolitik. Energieverbrauch und Verkehrsaufkommen steigen nach wie vor und damit auch der Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂). Eine wesentliche Ursache für diese dramatische Fehlentwicklung liegt in unserem derzeitigen Steuersystem: Umwelt- und Ressourcenverbrauch waren noch nie so billig wie heute, gleichzeitig wird menschliche Arbeit immer höher besteuert.

Die Idee der ökosozialen Steuerreform die Verschiebung der Steuerlast weg von menschlicher Arbeit, hin zu Umwelt- und Ressourcenverbrauch tritt europaweit ihren Siegeszug an. Nach den skandinavischen Vorreiterländern Schweden, Norwegen und Finnland begannen heuer Deutschland, Dänemark, die Niederlande und Italien den umwelt- und menschenorientierten Umbau. Entgegen internationalen Entwicklungen, entgegen der Empfehlungen der Steuerreformkommission hat die Regierung in Österreich die seit langem versprochene Ökologisierung des Steuersystems in ihrer jüngsten Steuerreform erneut fallen gelassen.

Arbeit durch Umwelt

Die Verbindung von Umweltschutz und einer an nachhaltiger Nutzung unserer Ressourcen orientierten Wirtschaftspolitik ist seit Jahren zentrales Anliegen von uns Grünen. Sie schafft durch die steuerliche Entlastung menschlicher Arbeit und durch das Entstehen neuer Unternehmen von Wärmetechnik bis Abfallberatung zehntausende neue Arbeitsplätze. Als einzige österreichische Partei haben wir detaillierte Konzepte für einen ökologischen Umbau unserer Gesellschaft vorgelegt.

1.1.) Anders Steuern: die ökosoziale Steuerreform der Grünen
Steuern sind ein wesentlicher Faktor, um der Marktwirtschaft im Interesse der Menschen und der Umwelt eine Richtung zu geben. Derzeit wird in Österreich Arbeit sehr hoch besteuert, dafür wird der Verbrauch von Rohstoffen und von sauberer Luft noch subventioniert.

Wir Grüne stehen für:

- € die Schaffung von bis zu 70.000 neuen Arbeitsplätzen.
- € einen jährlichen "Umweltbonus" für Privatpersonen von 10.000 Schilling pro Person.
- € die Senkung der Lohnnebenkosten um 10 Prozent.
- € die Beschleunigung des notwendigen Strukturwandels in der Wirtschaft zugunsten beschäftigungsintensiver, wenig umweltbelastender Branchen.
- € einen Vorsprung für Österreichs Wirtschaft auf internationalen Wachstumsmärkten durch die Entwicklung neuer, ressourcenschonender Technologien.
- € beschäftigungsintensive Anpassungsinvestitionen durch forcierte Wärmedämmung von Gebäuden, verstärkte Nutzung erneuerbarer Energieträger wie Biomasse und Windkraft oder den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel.

1.2.) Verkehr umpolen

Noch nie war das Autofahren so kostengünstig wie heute. Die Folge: immer öfter kommt es zu Megastaus, die Autobahnen werden zu rollenden Lagerhallen, immer mehr Menschen verbringen immer mehr Zeit im Auto. Obwohl die Große Koalition über 470 Milliarden Schilling in den Straßenbau investierte, sind Autobahnen und Einfallstraßen täglich verstaubt. Zusätzliche Transitautobahnen beschleunigen den Anstieg des LKW-Verkehrs. Er hat sich in den letzten Jahren vervierfacht. Insgesamt belastet der Autoverkehr alle SteuerzahlerInnen durch Unfall- und Umweltkosten in zweistelliger Milliardenhöhe. Jeder Personenkilometer wird mit 50 Groschen subventioniert. Diese volkswirtschaftliche Fehlsteuerung führt durch den CO₂-Ausstoß zu Klimaveränderungen, belastet durch Lärm und Abgase unsere Gesundheit und schädigt die Natur.

Wir Grüne stehen für:

- € Kostenwahrheit im Verkehr. Die öffentliche Subventionierung des Straßenverkehrs muß aufhören.
- € Ausbau des öffentlichen Verkehrs, verbunden mit attraktiven Angeboten zum Umstieg.
- € verkehrsvermeidende Siedlungsstrukturen.
- € den Einsatz intelligenter Logistik, um den Güterverkehr auf die Schiene zu bringen.

1.3.) Gentechnik

Seit Jahren drängen Gentechnik-Konzerne darauf, ihre Produkte auf unseren Markt zu bringen. Der Gesundheitsschutz der KonsumentInnen wird hinter Profitinteressen zurückgestellt. Denn die derzeitigen Erkenntnisse über Wirkungen gentechnisch veränderter Lebensmittel sind unzureichend. Die "British Medical Association"³ warnt vor möglichen Gefahren gentechnisch veränderter Lebensmittel wie der Resistenz gegen Antibiotika und steigendem Epidemierisiko. Die Gesellschaft, die 115.000 Ärzte repräsentiert, fordert vor einer möglichen Kommerzialisierung gentechnisch veränderter Produkte weitere Untersuchungen.

Österreich müßte bei der Verhinderung von Gentechnik in Lebensmitteln eine europäische Vorreiterrolle einnehmen. Statt dessen verweigerte die österreichische Bundesregierung der Initiative Griechenlands die Zustimmung, EU-weit ein dreijähriges Freisetzung-Moratorium für gentechnisch veränderte Pflanzen zu beschließen. Nach der EU-Wahl sind die Versprechungen der Bundesregierung in Sachen Gentechnik schon wieder vergessen. Die Forderungen des Gentechnik-Volksbegehrens wurden bis heute nicht umgesetzt, der ausdrückliche Wille von mehr als einer Million UnterzeichnerInnen des Volksbegehrens wurde ignoriert.

Wir Grüne stehen für:

- € die Umsetzung der Forderungen des Gentechnik-Volksbegehrens: kein Essen aus dem Genlabor, keine Freisetzung genmanipulierter Organismen, kein Patent auf Leben.
- € ein mehrjähriges Moratorium für den kommerziellen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen sowie den Verkauf gentechnisch veränderter Lebensmittel. Gesunde Lebensmittel müssen Vorrang vor Profitinteressen der Konzerne haben.
- € ein gesetzliches Verbot für die Herstellung gentechnisch veränderter Lebensmittel und Agrarprodukte in Österreich.

Die Weiterentwicklung der Gentechnologie, Fortpflanzungs- und Transplantationsmedizin wird zunehmend zum Standard moderner Medizin. Die im Gesetz verankerten Ethikkommissionen müssen dieser Entwicklung Rechnung tragen und sind in diesem Sinn aufzuwerten. Ethische und juristische Aspekte der PatientInnenaufklärung, ausdrücklicher Zustimmung und Freiwilligkeit sind in Zukunft stärker zu betonen. Insbesondere ist dabei der Problematik nicht einwilligungsfähiger Personen im Rahmen klinischer Studien vermehrte Beachtung zu schenken.

1.4.) SOS Lebens-Mittel und Tierschutz

Dioxin-verseuchtes Geflügel, Rinderwahnsinn und Schweinepest haben eines gemeinsam: sie sind spektakuläre Auswirkungen der verfehlten EU-Agrarpolitik. Das kommt die SteuerzahlerInnen teuer zu stehen. Sie zahlen nicht nur mit Steuergeldern für die Lebensmittelskandale, sondern auch mit ihrer Gesundheit und der Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität. Sowohl der Dioxin-Skandal, als auch die BSE-Krise und andere Tierseuchen sind auf die industrielle Massentierhaltung zurückzuführen.

Immer weniger landwirtschaftliche Betriebe "produzieren" immer mehr. Das Ergebnis sind Legehennen in Käfigen, Kälber in engen Mastboxen, lebenslang angebundene Rinder und Schweine in Dunkelställen. Massentierhaltung bedeutet nicht nur unvorstellbare Qualen für die Tiere, sondern auch das wirtschaftliche Aus für immer mehr kleine, bäuerliche Betriebe.

Menschen, Tiere und Natur stehen in einem untrennbarem Zusammenhang zueinander. Tiere sind keine "Waren", sondern leidensfähige Mitgeschöpfe. Doch die Europäische Union subventioniert Lebendtiertransporte und läßt es zu, daß Schlachttiere unter katastrophalen Bedingungen oft tagelang herumgekart werden.

Tausende Tiere werden jährlich auch in Österreich in Tierversuchen gequält und getötet. Sie werden fortgesetzt, obwohl es mittlerweile bessere Verfahren in Biologie, Pharmakologie und Medizin gibt, die Menschen und Umwelt sicherer schützen.

Lebensqualität im ländlichen Raum

Eine an der Natur orientierte Landwirtschaft garantiert nicht nur die Erhaltung der Lebensqualität im ländlichen Raum sondern auch Lebens-Mittel, die diesen Namen verdienen. Der vorherrschenden Agrarpolitik, die den ländlichen Raum als bloßen Schutzraum begreift, stellen wir Grüne umfassende Regionalkonzepte entgegen. Der ländliche Raum lebt, er ist kein Landschaftsmuseum. Als einzige Partei in Österreich treten wir für den Vorrang heimischer Lebensmittelerzeugnisse ein. Die Sicherung qualitativ hochwertiger Lebensmittel schließt die Verwendung gentechnisch veränderten Saatgutes oder gentechnisch veränderter Futtermittel aus.

Grüne Agrarpolitik legt den Schwerpunkt auf die Schaffung qualitativer Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Gerade in Verbindung mit einer aktiven Umweltpolitik bieten sich bedeutende Zukunftschancen. Von Energie aus Biomasse bis zu innovativen Alternativprodukten, von sanftem Tourismus bis hin zu einer ganzheitlichen Gesundheitsvorsorge. Wir Grüne treten für die dezentrale, demokratische und kulturelle Vielfalt des ländlichen Raumes ein.

Wir Grüne stehen für:

- € die flächendeckende ökologische Landwirtschaft, dafür soll die Biolandwirtschaft innerhalb von fünf Jahren von zehn auf 20 Prozent der Nutzfläche verdoppelt werden.
- € die Erhaltung der bäuerlichen Betriebe. Die Mittel, mit denen derzeit die industriellen Massentierhaltung gefördert werden, müssen in Hinkunft ökologisch verträglichen, tier- und konsumentenfreundlichen Betrieben zugute kommen.
- € den Schutz des Trinkwassers und die Erhaltung der Fruchtbarkeit des Bodens.
- € die transparente, verpflichtende Kennzeichnung von tierischen Produkten unter Angabe der Haltungsbedingungen der Tiere.
- € die sofortige Abschaffung der Subventionen für Lebendtierexporte.
- € den Schutz der Tiere in allen Belangen des Binnenmarktes, insbesondere in der Agrar-, Forschungs- und Verkehrspolitik.
- € das Verbot von Züchtungen, wenn diese darauf abzielen, Tiere aggressiv zu machen, zu erheblichen Leiden führen oder das Tier zum Objekt von Profitinteressen machen.
- € die stufenweise Reduktion aller Tierversuche auf das notwendige Maß bei Ausschöpfung aller alternativen Möglichkeiten.

€ die Unterstützung der Forderungen des Tierschutzvolksbegehrens, wonach der Tierschutz in Bundeskompetenz kommen und in der Verfassung verankert werden soll.

1.5.) Atomausstieg jetzt!

Im Jahr 21 nach Zwentendorf hat sich die Vorreiterrolle Österreichs für einen europaweiten Atomausstieg in Lippenbekenntnisse und einen "Softie-Kurs³ verwandelt. Obwohl auf Initiative der Grünen unzählige Beschlüsse von Parlament und Landtagen gefaßt wurden, bleibt die Koalition in der Umsetzung säumig. Konkrete, offensive Maßnahmen gegen die Grenz-AKW fehlen. Im Juli '99 wurden Anträge der Grünen auf Schließungsverhandlungen für alle grenznahen AKW und eine Verringerung von Atomstromimporten von SP und VP im Parlament niedergestimmt. Die Linie Österreichs, "möglichst sichere³ statt stillgelegte AKW zu fordern, scheiterte bei Mochovce und Temelin. Die knappe Entscheidung der Prager Regierung im Mai hätte vielleicht in Richtung Baustopp ausfallen können, wären nicht konkrete bilaterale Verhandlungen unterblieben.

Zweckbindung der EU-Atom-Gelder für Ausstiegskonzepte
Während der EU-Präsidentschaft Österreichs hat es die Koalition verabsäumt, eine Offensive zum europaweiten Atomausstieg zu starten. Koalitionspartner ÖVP stimmte im Europaparlament der Festschreibung der Atomförderung zu. Umweltminister Bartenstein befindet sich auf atompolitischer Tauchstation. Kanzler Klima war nicht bereit, mit dem tschechischen Amtskollegen Zeman über Alternativen zum AKW Temelín zu sprechen.

SOS: Sylvester ohne Supergau
Das Jahr-2000-Problem (Y2K) beschäftigt derzeit weltweit Computerexperten, denn mit dem Datumswechsel am 1. 1. 2000 drohen Systemabstürze. Davon sind AKW, speziell solche mit niedriger Sicherheitskultur nicht ausgenommen. Schwere Störfälle könnten die Folge sein, wenn diese AKW nicht rechtzeitig umgestellt werden oder vom Netz gehen. Die Bundesregierung muß hier endlich eine internationale Initiative starten, damit unabhängige Experten eine Prüfung und Bewertung vornehmen können.

Wir Grünen sind die einzige Partei, die europaweit und länderübergreifend Konzepte für den Atomausstieg entwickelt haben. Denn das einzig sichere europäische AKW ist Zwentendorf.

Wir Grüne stehen für:

- € sofortige Verhandlungen mit Bayern, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien und der Schweiz über Schließungspläne für alle Grenz-AKW.
 - € Sofortmaßnahmen gegen AKW-Störfälle durch Jahr-2000-Computerabstürze (Y2K).
 - € die Sicherheit, daß durch das neue Atomverfassungsgesetz die Stationierung von Atomwaffen in Österreich ausgeschlossen ist.
 - € die Einstellung der jährlich 100 Millionen Schilling Förderung für die EU-Atompolitik und eine grundlegende Änderung des EU-Euratom-Vertrages Richtung Atomausstieg.
 - € die Zweckbindung der milliardenschweren EU-Atom-Kredittöpfe zur Finanzierung von Atom-Ausstiegskonzepten, vor allem in den osteuropäischen Reformländern.
 - € das Ende der Atomstrom-Importverträge Österreichs.
 - € keine Beteiligung heimischer Firmen an Atomanlagen im Ausland.
 - € finanzielle Absicherung der österreichischen Anti-Atom-Initiativen.
2. Frieden und Sicherheit

Weder die Schweiz noch Slowenien planen einen Überfall auf Österreich. Militärisch ist Österreich nicht bedroht. Und als kleines Land liegt unsere Stärke traditionell bei internationalen Verhandlungen. Kein Grund also, dem Militärpakt NATO beizutreten, wie es die ÖVP will, während ihr Koalitionspartner SPÖ daheim die Fahne der Neutralität hochzuhalten

versucht, in der EU aber zu ihrem scheibchenweisen Ausverkauf beiträgt. Sicherheitspolitik ist viel mehr als Militärpolitik. Es ist unsere soziale Sicherheit, die zunehmend gefährdet wird. Es ist unsere Gesundheit, die mit grenznahen Atomkraftwerken und durch gentechnisch veränderte Nahrungsmittel bedroht wird. Es ist die Exekutive, die unser Recht auf Privatsphäre einschränkt und deren Willkür siehe den Fall von Marcus Omofuma bis zum Tod führen kann. Sicherheit bringt eine Polizei, wenn sie im Dienst der Menschen und der Menschenrechte steht. Sicherheit braucht aber auch internationale Rücksichtnahme, Entwicklungschancen für ärmere Länder und nicht zuletzt Medien und Politik, die Menschen Zusammenhänge erklären und so Ängste nehmen.

2.1.) Aktive Neutralität statt NATO-Beitritt

Ein NATO-Beitritt kommt für uns Grüne nicht in Frage. Nie zuvor war Österreich militärisch weniger bedroht als heute. Es gibt keinen Grund, auf die Mitgliedschaft in einem Militärblock zu drängen, sei es die von den USA dominierte NATO oder die Westeuropäische Union (WEU). Die Militarisierung der EU bringt mehr Rüstung und weniger Sicherheit ins europäische Haus!

Ein NATO-Beitritt ist mit der Neutralität unvereinbar. Im Neutralitätsgesetz heißt es klar und eindeutig, daß Österreich "keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte auf seinem Staatsgebiet nicht zulassen wird". Österreich erklärt darin "aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität", wodurch eine Kriegsbeteiligung Österreichs eindeutig ausgeschlossen ist.

Die NATO-Mitgliedschaft bedeutet eine extreme Budgetbelastung für Österreich

Allein der Mitgliedsbeitrag beträgt zwischen 500 und 800 Millionen Schilling jährlich. Das ist jedoch nur ein Bruchteil der Kosten, die die österreichischen SteuerzahlerInnen im Falle eines NATO-Beitritts zu tragen hätten: Die NATO verlangt von ihren Mitgliedsstaaten eine Anpassung ihrer Waffensysteme und eine entsprechende Aufrüstung. Selbst wenn Österreich mit seinen Rüstungsausgaben weit unter dem Durchschnitt der anderen NATO-Länder bliebe, ist eine Verdoppelung des Militärbudgets von derzeit knapp über 20 Milliarden Schilling auf 40 Milliarden zu befürchten.

Die NATO ist kein Bündnis für den Frieden

Das nordatlantische Militärbündnis ist ein Relikt aus der Zeit des Kalten Krieges. Nach wie vor sind Abschreckungsdoktrin und nukleare Erstschlagskapazität Teil der NATO-Strategie. Das neue strategische Konzept der NATO fordert offen Militäreinsätze zur Durchsetzung der Wirtschaftsinteressen der Bündnisstaaten. Bei einem Beitritt Österreichs könnten auch österreichische Soldaten überall auf der Welt an "Out-of-Area"-Kriegseinsätzen teilnehmen. Diese Einsätze dienen nicht mehr der unmittelbaren Verteidigung eines Mitgliedstaates.

Aktive Neutralität und Verhandlungen gegen Vertreibungspolitik

Die Grünen haben sowohl die verbrecherische Politik des Regimes Milosevic im Kosovo als auch den völkerrechtswidrigen Angriff der NATO gegen Jugoslawien verurteilt. Eine Vertreibungspolitik wie in Südosteuropa kann am ehesten durch früh einsetzende, aktive Neutralitätspolitik verhindert werden. Die Bemühungen um eine politische Lösung des Kosovo-Konflikts sind in direkten Verhandlungen der beteiligten Konfliktparteien neuerlich aufzunehmen. Der Westen muß in diesem Prozeß mit Wiederaufbau- und Wirtschaftshilfe für positive Anreize im Vermittlungsprozeß sorgen. Eine stabile politische Lösung kann nicht aufgezwungen werden, sondern muß in einem auszuhandelnden Kompromiß erzielt werden. Demokratische, zivile Kräfte vor Ort sind dafür zu stärken.

Ein NATO-Beitritt trägt zu einer neuerlichen Spaltung Europas bei. Vor knapp zehn Jahren, nach dem Zusammenbruch der Ostblock-Regime, wurde

überall das Ende der Teilung Europas gefeiert. Jetzt will die NATO erneut einen Graben durch den Kontinent ziehen diesmal weiter östlich. Die Beunruhigung Rußlands darüber ist verständlich: Die NATO verspricht Sicherheit lediglich nach innen, nach außen setzt sie weiterhin auf ihr militärisches Drohpotential.

Wir Grüne stehen für:

€ Sinnvolle sicherheitspolitische Alternativen zur NATO: Österreich kann als neutrales Land einen wesentlich wirksameren Beitrag als bisher zu Frieden und gemeinsamer Sicherheit leisten. Ein neutraler Staat ist als Vermittler in internationalen Konflikten glaubwürdig. Gerade wenn die NATO nach Osten expandiert, braucht Europa kleine Staaten, von denen keine Bedrohung ausgeht und die als Vermittler im Krisenfall ihre guten Dienste anbieten können. Ein außenpolitisch aktiver, neutraler Staat kann aber auch vor entstehenden Krisen warnen und so an der Verhinderung gewalttätiger Konflikte mitarbeiten. Auf internationaler Ebene muß Österreich alle bestehenden politischen Ansätze unterstützen, die auf ein demokratisch kontrolliertes Sicherheitssystem der UNO abzielen. Nur so besteht eine große Chance, daß Interessenskonflikte zwischen armen und reichen Staaten nicht zu neuen Kriegen führen.

€ Abrüsten auch in Österreich: Die allgemeine Wehrpflicht kann ohne Verlust für unsere Sicherheit abgeschafft werden. Statt dessen soll ein Freiwilligen-Milizheer geschaffen werden. Auch so wird eine Heeresstruktur gewahrt, die sich aus einem deutlich abgespeckten Berufskader und aus einer Miliz zusammensetzt. Außerdem: Niemand, der nicht zum Bundesheer möchte, muß hingehen.

Seit 2 Jahren werden 500 Panzer für das österreichische Bundesheer angeschafft, deren Kosten statt der veranschlagten 6 Milliarden inzwischen auf 13 Milliarden explodiert sind. Das Bundesheer wird für eine große Panzerschlacht gerüstet welche? Das Verteidigungsbudget wird so bis ins Jahr 2015 belastet. Auch für eine weitere Aufrüstung durch Abfangjäger sollte Österreich verzichten. Es reicht völlig aus, den Luftraum mit Radar zu kontrollieren. Die Abfangjägerstaffel ist ein milliardenschweres Statussymbol.

€ Friedliche Gemeinsame Außenpolitik: Einzig die neutralen Staaten Europas bieten eine Garantie dafür, daß aus der EU kein "bewaffneter Binnenmarkt"³ wird. Zudem kann Österreich durch sein Vetorecht im Europäischen Rat verhindern, daß die WEU in die EU integriert wird. Damit bleibt die Chance auf eine friedliche gemeinsame Außenpolitik Europas intakt.

Sicherheitspolitische Beschlüsse der EU sind im Sinne einer friedlichen und zivilen Weltinnenpolitik wieder an Beschlüsse der Vereinten Nationen zu binden.

€ EU-Osterweiterung zur Sicherung des Friedens: Die Aufnahme der beitragswilligen Reformstaaten in die EU ist eine wichtige Voraussetzung für Frieden und Sicherheit in Europa. Damit die NATO nicht zum einzigen Sicherheitssystem Europas wird und dadurch neue, gefährliche Gräben gegenüber Rußland aufgerissen werden, müssen die neutralen Staaten auf ihrem besonderen völkerrechtlichen Status beharren und im Rahmen der OSZE am Bau des gemeinsamen europäischen Hauses mitwirken.

€ Atomkraftfreie Zonen gegen eine neue Blockbildung: Ein Gürtel von Staaten, die keine Atomwaffen, keine Atomkraftwerke und keine offensiven militärischen Kräfte auf ihrem Territorium dulden, kann den neuen Blockgegensatz in Europa überbrücken. Österreich kommt hier eine Vorreiterrolle zu, weil es alle diese Bedingungen schon jetzt erfüllt.

€ Aufwertung und Stärkung der UNO. Wir treten für das aktive Zusammenwirken der Neutralität mit dem Aufbau eines gemeinsamen Sicherheitssystems unter dem Dach der UNO ein.

2.2.) Sicheres Österreich

Sicherheit ist viel mehr als Militärpolitik. Nicht Rüstung, sondern ein haltbares Sozialsystem und ein Aus für Risikotechnologien wie Atomkraftwerke und gentechnisch veränderte Lebensmittel führen dazu, daß sich die Menschen in Österreich sicher fühlen. Sicherheit bedeutet eine Exekutive im Dienst

der Menschenrechte. Und: Unsere Sicherheit hat mit den Lebensbedingungen von Menschen in anderen Teilen der Welt zu tun. Weltweite Bekämpfung von Armut und Ausbeutung, Krisenprävention durch erkennbare Entwicklungschancen und gegenseitige Verantwortung für internationalen Klimaschutz sichern auch Österreich.

Wir Grüne stehen für:

€ die Grüne Grundsicherung, um allen Menschen die Sicherheit einer finanziellen Lebensbasis zu geben und über bezahlte Karenzmodelle Menschen individuelle Lebenschancen zu sichern.

€ bessere Verteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit sowie eine tatsächlich aktive Arbeitsmarktpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

€ Ausstieg Europas aus der Atomenergie.

€ das Aus für gentechnisch veränderte Lebensmittel.

€ eine Reform der Exekutive. Sie hat sich in den Dienst der Menschen und der Menschenrechte zu stellen.

€ einen Ausbau der BürgerInnenrechte gegen Überwachungsmethoden.

€ aktive Förderung des friedlichen und von gegenseitigem Respekt getragenen Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Anschauungen.

€ Schuldenerlaß für die ärmsten Länder.

€ Initiativen für weltweit fair gehandelte Produkte.

€ Entwicklung internationaler Standards in der Sozialpolitik und im Arbeitsrecht.

3. Menschenrechte sind unteilbar

Menschen- und Grundrechte sichern die wichtigsten Regeln des Zusammenlebens. Sie legen die Grenzen der Eingriffsmöglichkeiten des Staates in das Leben der Menschen fest. Sie geben vor, welche Grundwerte zu schützen und aktiv durchzusetzen sind. Menschenrechte sind unteilbar. Sie haben für alle zu gelten auch für Frauen, auch für Menschen mit körperlichen oder geistigen Besonderheiten, auch für MigrantInnen, und unabhängig von der sexuellen Orientierung, der Religion oder dem Alter. Sie dürfen nicht eingeschränkt werden.

Die Große Koalition hat Menschenrechte teilbar gemacht und Grundrechte eingeschränkt. Österreich ist eines der sichersten Länder der Welt. Trotzdem hat die Große Koalition getrieben von der FPÖ mit Lauschangriff und Rasterfahndung Polizeispitzelmethode eingeführt, die alle, auch gänzlich Unbeteiligte, treffen können. Gespräche können abgehört werden, die Polizei darf auskundschaften was wir tun, wen wir treffen, wo wir uns aufhalten. Und niemand kann ganz genau sagen, wofür das dann verwendet wird.

Die Große Koalition duldet Polizeiübergriffe. Sie richten sich immer häufiger vor allem gegen MigrantInnen. So wird ein Klima in der Exekutive erzeugt, in dem die schwarzen Schafe recht bekommen und die korrekten BeamtInnen von ihren KollegInnen lächerlich gemacht werden. Einen schlimmen Höhepunkt hat diese Polizeiwillkür im Tod von Marcus Omofuma gefunden. Er wurde im wahrsten Sinn des Wortes mundtot gemacht. Politische Konsequenzen gab es keine.

Wir Grüne stehen für eine Gesellschaft, in der alle den Mund aufmachen und mitreden sollen. BürgerInnenrechte müssen gestärkt werden, schon die Erziehung hat statt Untertanenmentalität selbständiges Denken und selbstbewußtes, öffentliches Engagement zu fördern.

3.1.) Exekutive im Dienst der Menschenrechte

Mediale und parteipolitisch motivierte Panikmache irritieren das subjektive Sicherheitsgefühl der österreichischen Bevölkerung. Tatsächlich ist aber die Zahl der Verbrechen gesunken, die Aufklärungsrate gestiegen. Die Befugnisse zur Ermittlung und Weitergabe von Daten werden europaweit ausgebaut. Die Große Koalition hat unter tätiger Mithilfe der FPÖ Lauschangriff und

Rasterfahndung eingeführt und damit Grundrechte eingeschränkt. Die Datenschutzrichtlinie der Europäischen Union wurde hingegen von der österreichischen Bundesregierung nicht durchgesetzt. Die Exekutive tritt immer seltener als "FreundIn und HelferIn³" auf, sondern als latent gewalttätige Macht. Sogenannte "Randgruppen³" sind davon am stärksten betroffen. Treffen kann die Willkür aber jede und jeden.

Wir Grüne stehen für:

€ eine reformierte Exekutive, die auch ihrem Selbstverständnis nach im Dienst aller Menschen und der Menschenrechte steht.

€ Sicherheit durch Vertrauen. Mehr Sicherheit wird nicht durch die Aufrüstung der Polizei, sondern durch den Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zwischen Bevölkerung und Exekutive erreicht. Obwohl es einzelne schwarze Schafe sind, die die Polizei immer wieder in Verruf bringen, werden Polizeiübergriffe von Politik, Verwaltung und Justiz immer noch weitgehend toleriert. Das erzeugt auch ein gefährliches Klima innerhalb der Exekutive.

€ eine verbesserte Ausbildung der Exekutive. Insbesondere der Wirtschaftspolizei kommt bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität eine enorme Bedeutung zu. Der organisierten Kriminalität ist nur durch verstärkte Kontrolle der Geldflüsse beizukommen. Psychologische Schulungen dürfen nicht länger als lästiges Beiwerk, sondern als zentrales Mittel der Polizeiarbeit gesehen werden.

€ die verpflichtende Beiziehung speziell geschulter Beamtinnen bei Gewaltdelikten und sexuellen Übergriffen gegen Frauen.

€ verstärkten Rechtsschutz der BürgerInnen. Wir Grüne haben uns immer vehement gegen Lauschangriff und Rasterfahndung ausgesprochen, die Koalition hat diese grundrechtswidrigen Methoden beschlossen. Um Mißbrauch und das Entstehen eines österreichischen Überwachungsstaates zu verhindern, ist die gerichtliche Kontrolle und parlamentarische Aufsicht von Lauschangriff und Rasterfahndung auszubauen. BürgerInnen brauchen auch die Möglichkeit, individuell gegen solche Einschränkungen ihrer Grundrechte vorzugehen.

3.2.) "Behinderte³ Menschen

Menschen sind nicht behindert, sie werden behindert. Menschen mit körperlichen oder geistigen Besonderheiten sind tagtäglich Diskriminierungen ausgesetzt. Trotz Gleichheitsgrundsatz, trotz des Umstandes, daß die Grund- und Menschenrechte für alle gelten, ist ihnen die gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verwehrt. Fehlende Integration vom Kindergarten bis zur Universität, fehlende Arbeitsplatzadaptierung, Abschiebung in Sondereinrichtungen, verwehrt Zugang zu öffentlichen Gebäuden, Geschäften, Kinos und Gaststätten sowie nicht barrierefrei benutzbare öffentliche Verkehrsmittel gehören noch immer zur alltäglichen Erfahrung.

In Österreich leben rund 8.000 gehörlose Menschen, etwa 15.000 weitere sind hochgradig schwerhörige oder ertaubte Menschen. Mit der Gebärdensprache verfügt die Gehörlosengemeinschaft über ein eigenständiges, hochentwickeltes Sprachsystem. Die Gebärdensprache ist in Österreich im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern nicht als offizielle Sprache anerkannt. Das ist eine Einschränkung der Grundrechte und steht einer beruflichen und gesellschaftlichen Integration im Wege.

Jede dritte geistig behinderte Frau ist nach ExpertInnenschätzung zwangssterilisiert. Der operative Eingriff wird meist mit vorgeschobenen Gründen gerechtfertigt. Bei minderjährigen behinderten Mädchen reicht noch immer die Zustimmung des Erziehungsberechtigten, bei volljährigen Frauen die Zustimmung eines Sachwalters oder Gerichtes. Zwangssterilisation ist ein krasser Verstoß gegen die Persönlichkeitsrechte.

Die gravierenden Nachteile im Bildungsbereich (Sonderschulen) sowie die günstige Freikaufsmöglichkeit von der Behinderteneinstellungspflicht haben zu einer Arbeitslosigkeit von behinderten Menschen von weit über 40 Prozent geführt. Nichtaussonderung und Integration müssen zum Recht für alle

Menschen werden. Regelkindergarten, Regelschule und weitere Ausbildung bis hin zum universitären Abschluß mit den dafür notwendigen Rahmenbedingungen sind auf integrativer Ebene sicherzustellen.

Das Recht auf Selbstbestimmung muß in Alten-, Pflege- und Behindertenheimen gewährleistet sein. Freiheitsbeschränkungen durch Einsperren, Beruhigungsspritzen und bewegungshemmende Kleidung gehören derzeit zum Heimalltag. Zunehmender Personalabbau verschärft die Lebenssituation der HeimbewohnerInnen weiter. Alten-, Pflege- und Behindertenheime müssen autonome, dezentrale DienstleistungsanbieterInnen werden. Überschaubaren Strukturen in Pflege- und Altenheimen ist der Vorzug vor großen, anonymen Einrichtungen zu geben, die lediglich einer weiteren Isolation und Ausgrenzung dieser Personengruppe Vorschub leisten.

Wir Grüne stehen für:

€ die Schaffung eines Behindertengleichstellungsgesetzes, damit Menschen mit körperlichen oder geistigen Besonderheiten ihr Recht auf selbstbestimmtes Leben einklagen können und die Öffentlichkeit aktiv verpflichtet wird, ihnen dieses selbstbestimmte Leben zu ermöglichen.

€ die Aufnahme der Gebärdensprache als offizielle Sprache in die Österreichische Bundesverfassung.

€ das generelle Verbot der Zwangssterilisation.

€ die Abschaffung der Freikaufsmöglichkeiten für öffentliche Einrichtungen von der Pflicht, behinderte Menschen einzustellen; die drastische Anhebung der Ausgleichstaxe in der Privatwirtschaft.

€ ein bundesweites Pflegeheimgesetz und die Verankerung von HeimbewohnerInnen-Anwälten zur Stärkung der Persönlichkeitsrechte von HeimbewohnerInnen.

3.3.) Wir brauchen MigrantInnen

Österreich ist seit jeher ein Einwanderungsland, die Schließung der Grenzen gegenüber ImmigrantInnen ist weder wünschenswert noch realistisch. Seit Jahren vollzieht die Bundesregierung im Bereich der Grundrechte die Forderungen der FPÖ. Eine dreiviertel Million Menschen, die sich in Österreich niedergelassen hat und nicht über die österreichische Staatsbürgerschaft verfügt, ist weiterhin von der politischen Teilnahme ausgeschlossen. Während die meisten westeuropäischen Staaten eine Politik der erleichterten Einbürgerung als positive Integrationsmaßnahme betreiben, dominiert in Österreich die Politik der Verunsicherung und Ausgrenzung. Das von der Bevölkerung mit breiter Mehrheit abgelehnte Anti-Ausländer-Volksbegehren der FPÖ wurde von der Bundesregierung in Paragraphen gegossen, BürgerInnenrechte werden zunehmend ausgehöhlt, seit Jahren betreibt die Regierung eine immer restriktivere Migrations- und Asylpolitik. Das Aufenthaltsgesetz hat zur Illegalisierung von Tausenden von ImmigrantInnen geführt. Innenminister Schöllger ist "Haiders bester Mann in der Regierung".

Wir Grüne stehen für:

€ den Schutz vor Verfolgung: Das Recht auf Asyl ist ein grundlegendes Menschenrecht und darf nicht angetastet werden. Auch Fälle von Mißbrauch dürfen an diesem Grundsatz nichts ändern. Österreich muß offen bleiben für Menschen, die aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen bedroht sind. Die Aufnahme politischer Flüchtlinge darf nicht eingeschränkt werden. Fluchtgründe sind individuell zu prüfen und im Zweifelsfall für die/den Flüchtende/n zu bewerten. Neben der "klassischen" politischen Verfolgung sind auch Situationen, die das Leben oder die Integrität eines Menschen gefährden etwa Vergewaltigung -, als Fluchtgründe nach der Genfer Flüchtlingskonvention anzuerkennen.

€ eine menschliche Migrationspolitik: Eine regulierte Einwanderung ist auch ohne Quotierung von Familienzusammenführung und Asylgewährung möglich. Wer in Österreich Familie hat, muß ohne restriktive Quotenregelungen einwandern dürfen. Die Zuwanderung zum Zweck der Arbeitsaufnahme ist durch realistische jährliche Quoten zu regeln. Diese sollen sich an der

Arbeitsmarktsituation und den sozialen Möglichkeiten Österreichs orientieren.

€ die Gleichstellung von MigrantInnen: Integration von MigrantInnen ist nur möglich auf der Basis ihrer größtmöglichen Absicherung im rechtlichen, politischen und sozialen Bereich. Das bedeutet eine weitgehende Gleichstellung mit österreichischen StaatsbürgerInnen. Eingewanderte Menschen brauchen ein Recht auf Integration und Aufenthaltssicherheit. Mit einer WohnbürgerInnenschaft soll die politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen eingeführt werden. Sicherheitsstellen sind überdies die erleichterte Einbürgerung und Doppelstaatsbürgerschaft als zentrale Voraussetzungen einer positiven Integration. Darüber hinaus müssen all jene, die in Österreich niedergelassen sind, auch hier arbeiten dürfen.

€ eine Politik, bei der In- und AusländerInnen gewinnen: Soziale Ausgrenzung und wirtschaftliche Ausbeutung stellen eine gravierende Verletzung der Menschenrechte dar und machen die Menschen "fremd". Eine soziale und rechtliche Gleichstellung von ImmigrantInnen ist somit auch ein Gewinn für "InländerInnen".

3.4.) Lebensformen frei wählen

Lesben, Schwule und Transgenderpersonen werden noch immer rechtlich und gesellschaftlich diskriminiert. Wir Grüne gehen davon aus, daß jeder Mensch über seine Lebensform und seine sexuelle Orientierung frei entscheiden können muß. Unterschiedliche Lebensformen machen unsere Gesellschaft reicher, offener und bunter. Familie ist nicht bloß die althergebrachte Verbindung von Vater Mutter Kind. Familie kann jede PartnerInnenschaft sein, die sich in Verantwortung für einander zu einander bekennt.

Wir Grüne stehen für:

€ ein Anti-Diskriminierungsgesetz, mit dem auch Lesben, Schwule und Transgenderpersonen Benachteiligungen einklagen können. Gleichzeitig muß dieses Gesetz Gesetzgebung und Verwaltung zur aktiven Gleichstellung dieser Lebensformen verpflichten.

€ kein Unterschied in den gesetzlichen Schutzalterbestimmungen zwischen homosexuellen und heterosexuellen Kontakten.

€ in allen rechtlichen Auswirkungen sind gleichgeschlechtliche Paare anderen PartnerInnenschaften und der Ehe gleichzustellen. Dafür soll es die Möglichkeit eines formlosen PartnerInnenschaftsvertrages geben, in dem sich die PartnerInnen wechselseitig ausdrücklich zu einander bekennen, im Wissen um die daraus entstehenden Rechte und Pflichten.

4. Fairteilen von Arbeit, Zeit und Geld

Jede Person hat das Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Doch immer mehr Menschen werden von der Wirtschaft "wegrationalisiert". Zunehmend ist UnternehmerInnen noch größerer Profit wichtiger als Arbeitsplätze.

Arbeitslose werden ausgegrenzt, Menschen fallen unter die Armutsgrenze.

Immer mehr Frauen werden in die Abhängigkeit von Männern oder Staat gedrängt. MigrantInnen und AsylwerberInnen werden als Sündenböcke mißbraucht, Menschen mit physischen oder psychischen Besonderheiten diskriminiert.

Mit unserem Konzept der Grundsicherung bringen wir Grüne wieder Bewegung in die festgefahrene österreichische Sozialpolitik und zeigen, daß Solidarität und soziale Sicherheit keine Widersprüche zum Bedürfnis nach individueller Lebensgestaltung sind. Mit umfassenden Modellen für eine bessere Verteilung der Erwerbsarbeit auf alle und eine tatsächlich aktive Arbeitsmarktpolitik zeigen wir, daß sehr wohl etwas gegen Arbeitslosigkeit getan werden kann.

Die Grüne Grundsicherung

Die Grüne Grundsicherung sorgt bei Menschen ohne ausreichendes Einkommen für eine finanzielle Lebensbasis. Bezahlte Karenz fördert Bildung, Kreativität, flexible Lebensmodelle sowie die Umverteilung der Arbeit. Kostenloser Zugang zu Aus- und Weiterbildung, Gesundheitswesen und Kinderbetreuungseinrichtung nähert die Startvoraussetzungen von Reich und Arm, Stadt und Land, an. Damit sichert die Grüne Grundsicherung Chancen für alle und gibt die Sicherheit, in Würde eigenständig leben zu können.

Zur Grünen Grundsicherung zählt auch der Bildungsbereich. Bildung entscheidet nicht nur über Arbeit, Einkommen und Lebensqualität, sondern fördert auch die Entwicklung zum/zur kritischen BürgerIn.

Daher ist der freie und offene Zugang zu allen Bildungseinrichtungen eine wichtige Forderung Grüner Politik. Universitäten gestalten die Zukunft mit. Ihre Funktion für die Aus- und Weiterbildung der Jugend kann nicht allein den Regeln und Moden des Arbeitsmarktes überantwortet werden, sondern hat auch die Entwicklung eines kreativen, gesellschaftskritischen Potentials zu fördern. Wir Grüne treten für Demokratie und Autonomie an unseren Universitäten ein. Starre Hierarchien sind kreativitäts- und innovationsfeindlich. Eine bessere Finanzierung der Universitäten ist Teil der politischen Verantwortung für Bildung und Zukunft der Gesellschaft.

4.1.) Selbstbestimmt leben: die Grüne Grundsicherung in der Erwerbsphase
Immer mehr Menschen fallen durch das soziale Netz. Besonders betroffen sind AlleinerzieherInnen, ältere Frauen, Arbeitslose, Menschen mit einer großen Familie. Auf der anderen Seite preßt uns die Leistungsgesellschaft immer enger in ein Korsett aus fremdbestimmter Arbeit, wirtschaftlichem Druck und kurzfristigem Erfolgszwang.

Die Grüne Grundsicherung in der Erwerbsphase trägt beiden Phänomenen Rechnung: Jeder Mensch bekommt eine finanzielle und infrastrukturelle Lebensbasis. Bezahlte Karenzzeiten erleichtern die individuelle Lebensgestaltung, sie sichern Chancen auf Neuorientierung, Zeit für Kinder, Bildung.

Wir Grüne stehen für:

€ 6.000 Schilling Grundsicherung für alle Menschen, wenn sie in der Erwerbsphase über kein eigenes Einkommen verfügen, bei einem geringeren Einkommen wird die Differenz auf die 6.000 Schilling bezahlt. So greift die Grundsicherung auch bei Notstandshilfe, Arbeitslosengeld und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. Die Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Einkommen verhindert, daß immer mehr Menschen in die Armutsfalle geraten.

€ 2.000 Schilling Wohngeld zusätzlich zur Grundsicherung.

€ statt bei Sozialhilfebehörden zum/zur BittstellerIn degradiert zu werden, gibt es einen Rechtsanspruch auf Grundsicherung. Die Sozialversicherung übernimmt der Staat.

€ kostenlose Kinderbetreuungsplätze mit den Bedürfnissen entsprechenden Öffnungszeiten.

€ Zeit für Bildung, Kinder oder eine berufliche Pause. Die Karenzmodelle der Grünen Grundsicherung werden ebenfalls mit 6.000 Schilling plus Wohngeld bezahlt. Sie sichern individuelle Chancen und animieren Menschen, in selbst gewählten Lebensphasen auf Erwerbsarbeit zu verzichten.

€ die Aufteilung der vorhandenen Erwerbsarbeitszeit auf mehr Menschen.

€ flexiblere Lebensarbeitszeit im Gestaltungsrecht der ArbeitnehmerInnen.

4.2.) Arbeitszeit verkürzen

Die tiefgreifende Spaltung am Arbeitsmarkt muß überwunden werden. Derzeit stehen immer mehr Arbeitslose einer ständig steigenden Zahl von Überstunden bei den erwerbstätigen Menschen gegenüber. Vor allem Frauen werden in Teilzeitarbeit oder stundenweise Beschäftigung gedrängt, ohne davon eigenständig leben zu können. Die Flexibilisierung der Arbeitszeit ist einseitig und wird größtenteils von den Interessen der Wirtschaft bestimmt.

In Zukunft muß die vorhandene Arbeit gerechter als bisher verteilt werden. Das gilt aber nicht nur für Erwerbsarbeit, sondern für alle gesellschaftlich

relevanten Tätigkeiten. Dazu bedarf es einer effizienten Verkürzung der Normalarbeitszeit und des Abbaus der Überstunden. Die Umorientierung des Steuersystems in Verbindung mit den enormen Produktivitätsfortschritten der letzten Jahre machen das ohne Absenkung der Einkommen möglich.

Wir Grüne stehen für:

- € Verkürzung der Normalarbeitszeit bei Einkommensausgleich und Mindestlohn.
- € neue Arbeitsplätze durch die Reduktion der Überstunden.
- € neue Lebensarbeitszeitmodelle Kinderkarenz, Bildungskarenz oder Totalkarenz im Rahmen der Grünen Grundsicherung.
- € Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Geschlechter (z.B. Stundenreduzierung in der Kinderphase).

4.3.) Arbeitsplätze schaffen

Steigende Beschäftigungszahlen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Arbeitslosigkeit in Österreich in den vergangenen zwei Jahrzehnten dramatisch erhöht hat. Ende des Vorjahres erreichte die Arbeitslosigkeit ihren höchsten Stand seit den 50er Jahren, Ende Juni waren trotz Sommersaison mehr als 180.000 Menschen ohne Arbeit. Die Mehrzahl der neuen Jobs sind Teilzeitarbeitsplätze, der überwiegende Teil der Arbeitslosen sucht jedoch eine Vollzeitbeschäftigung. Durch sinnlose Jobcoaching-Kurse des AMS werden Arbeitslose statistisch versteckt. Die Große Koalition hat sich vom Ziel der Vollbeschäftigung längst verabschiedet und setzt stattdessen auf die populistische Inszenierung einzelner Maßnahmen.

Die Grünen halten am Ziel der Vollbeschäftigung fest. Dies bedeutet, daß all jene, die Erwerbsarbeit leisten wollen, auch einen Arbeitsplatz finden sollen. Eine effiziente aktive Beschäftigungspolitik mit dem Ziel der Vollbeschäftigung sichert persönliche Eigenständigkeit, soziale Integration und führt durch eine faire Lohnpolitik zur Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Reichtum.

Wirtschafts- und Sozialpolitik muß sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene in den Dienst der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut gestellt werden. Der einseitig auf Geld- und Fiskalpolitik ausgerichtete Stabilitätspakt der EU muß korrigiert und um quantifizierbare Beschäftigungsziele erweitert werden.

Wir Grüne stehen für:

- € nachhaltiges, an unseren Lebensgrundlagen orientiertes Wirtschaften, gestützt auf die ökosoziale Steuerreform. Durch neue Marktsegmente und die Entlastung der Arbeitskosten kommt es gleichzeitig zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.
- € Infrastrukturinvestitionen: Investitionen in den öffentlichen Verkehr, in Umwelt- und alternative Energietechnologien sowie Telekommunikation erhöhen nicht nur die Lebensqualität, sie sichern auch den Wirtschaftsstandort Österreich und schaffen neue Arbeitsplätze.
- € Die Förderung von sinnvollen Unternehmensgründungen durch den Abbau von Zugangsbeschränkungen und überholter Zunftregelungen schafft zusätzliche, nachhaltige Arbeitsplätze.
- € die Reform des Ausbildungssystems durch neue Berufsbilder, die Entwicklung neuer Qualifikationsprofile und den Abbau geschlechtsspezifischer Sackgassen.
- € den Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Die notwendige Erhöhung der Finanzmittel für aktive Arbeitsmarktpolitik darf nicht zu Lasten jener Mittel gehen, die für Transferleistungen zur Verfügung stehen.
- € die deutliche Absenkung der Arbeitszeit bei vollem Einkommensausgleich.
- € die Reduktion der Überstunden.
- € die Förderung individueller Arbeitszeitverkürzung durch die bezahlten Karenzzeiten der Grünen Grundsicherung für Bildung, Kinderbetreuung oder auch Auszeiten zur Umorientierung oder gegen burn-out-Syndrom.
- € die Erhöhung und tariflicher Absicherung individueller Arbeitszeitmodelle.

4.4.) Chancen sichern: die Grüne Grundsicherung für Kinder und Jugendliche
Junge Menschen brauchen nicht nur Geld zur Sicherung ihrer
Lebensbedürfnisse, sondern auch Zukunftschancen unabhängig von ihrem
familiären Hintergrund. Dafür bedarf es einer staatlichen Infrastruktur, die
ihnen hilft, ihre individuellen Fähigkeiten und Talente zu entwickeln.

Wir Grüne stehen für:

€ ein kostenloses und hochwertiges Betreuungs- und Bildungssystem, das
Lebenschancen nicht vom Einkommen der Familie oder regionaler Herkunft
abhängig macht.

€ die Abschaffung der Selbstbehaltsregelungen bei Schulbüchern und
Freifahrten.

€ Heimfahrtbeihilfen, die Jugendlichen am Land die gleichen Bildungschancen
sichern wie jungen Menschen in der Stadt.

€ bis zu fünf Jahre mit 6.000 Schilling (bei eigener Wohnung plus 2.000
Schilling Wohngeld) pro Monat bezahlte Bildungskarenz für ein Studium oder
eine andere Berufsausbildung.

€ eigenständige Entwicklungsmöglichkeiten statt eines starren, einengenden
Leistungssystems.

€ ausreichend Zeit der Eltern für ihre Kinder. Sie erhalten zwei Jahre
bezahlte Erziehungskarenz.

€ einen Rechtsanspruch auf Betreuungseinrichtungen (Kindergärten,
Spielplätze, Tageseltern, Krabbelstuben und Hortplätze) bis zum 15.
Lebensjahr.

€ eigene materielle Grundsicherung für Kinder und Jugendliche statt der
Familienbeihilfe. Jugendliche ab dem 15. Lebensjahr erhalten 2.500 Schilling
Kinderbeihilfe im Monat direkt ausbezahlt. Bei den Jüngeren erhalten die
sorgepflichtigen Eltern diesen Betrag.

€ Sicherheit vor Verarmung der Familie. Der AlleinerzieherInnen- und
AlleinverdienerInnenabsetzbeitrag wird auf 10.000 Schilling pro Jahr
verdoppelt.

€ eine gerechte Förderung aller Kinder, unabhängig von ihrer Lebensumgebung.
Jedes Kind ist gleich viel wert, das soll im Gleichheitsgrundsatz der
Bundesverfassung verankert werden.

€ den flächendeckenden Ausbau von Jugend- und Kulturzentren.

€ den kostengünstigen Zugang zu neuen Informationstechnologien.

4.5.) Sicherheit für ältere Menschen: die Grüne Grundsicherung im Alter
Ein Altern in Würde ist nur mit materieller Grundsicherung möglich. Es
bedarf aber auch der nötigen öffentlichen Infrastruktur, um am sozialen
Leben weiterhin teilhaben zu können. Kulturangebote sind dafür ebenso
wichtig, wie auf die individuellen Bedürfnisse abgestimmte Wohnmöglichkeiten
und Pflegeangebote. Die Grüne Grundsicherung baut das bisherige
Pensionssystem um. Es hat dazu geführt, daß mehr als eine halbe Million
Menschen heute über keine eigene Pension verfügen, fast alle davon sind
Frauen. Diese Menschen sind auch im Alter von ihrem Partner abhängig oder
auf Sozialhilfe angewiesen. In keiner ihrer sogenannten Pensionsreformen hat
die Große Koalition dafür gesorgt, daß alle Menschen im Alter über eine
eigene Pension verfügen. Die Grüne Grundsicherung schafft einen neuen,
haltbaren Generationenvertrag.

Wir Grüne stehen für:

€ flexiblen Pensionsantritt. Im Normalfall beträgt das Pensionsantrittsalter
60 Jahre. Gleit- und Teilzeitmodelle ersetzen bei Bedarf eine vorzeitige
volle Alterspension. Damit können Menschen in der letzten Erwerbsphase
selbst entscheiden, ob sie lieber ganz oder einige Jahre bloß teilweise in
Pension gehen wollen. All jene, die später in Pension gehen, können während
der Erwerbsphase bis zu zwei Karenzjahre nehmen. In dieser Zeit wird die
Grundsicherung in der gleichen Höhe wie die Grundpension ausbezahlt, auch
die Sozialversicherungsbeiträge übernimmt der Staat.

€ ein sozial ausgewogenes Pensionsmodell: Alle Menschen erhalten ab dem
Pensionsantritt eine Grundpension. Diese beträgt pro Person 6.000 Schilling
im Monat. Dazu kommt noch das Wohngeld von 2.000 Schilling, bei

Partnerschaften wird es geteilt. Neben der Grundpension gibt es als zweite Säule die Versicherungspension für alle, die während ihrer Erwerbstätigkeit Pensionsversicherungsbeiträge einzahlen. Anders als derzeit wird beim Grünen Pensionssystem jeder eingezahlte Beitrag einberechnet, niemand muß mindestens 15 Jahre lang einzahlen, um überhaupt etwas herauszubekommen. Bei Partnerschaften wird die Versicherungspension im Fall der Trennung oder des Todes des/der PartnerIn aufgeteilt. In Summe dürfen Grund- und Versicherungspension 32.000 Schilling im Monat nicht übersteigen.

- € Wohnbaurichtlinien, die sich an den Bedürfnissen älterer Menschen orientieren, ohne sie auszugrenzen.
- € Kultur-, Bildungs- und Freizeitangebote, die auch älteren Menschen mit dünner Brieftasche nützen können.
- € einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs, der speziell an den Bedürfnissen weniger beweglicher Menschen orientiert ist.

4.6.) Gesundheit

Für uns Grüne steht der Mensch mit seinen Bedürfnissen im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik. Leider entscheiden immer noch Herkunft, Einkommen, Bildung, Arbeits- und Wohnverhältnisse über mögliche Krankheit und Lebenserwartung. Das Recht auf Gesundheit und eine angemessene medizinische Betreuung für alle muß zu einem in der Verfassung verankerten Grundrecht werden. Grüne Gesundheitspolitik ist nicht Angelegenheit eines einzelnen Ressorts und läßt sich weder auf medizinökonomischen, noch auf naturwissenschaftlichen Fortschritt reduzieren.

Wir Grüne stehen für:

- € Chancengleichheit beim Zugang zu Prävention und medizinischer Betreuung.
- € die stärkere Berücksichtigung sozialer und psychischer Faktoren im Zusammenhang mit Gesundheit und Krankheit.
- € die Förderung aller Maßnahmen zu einer verbesserten Betreuung von alten und chronisch kranken Menschen.
- € alle Initiativen, die die Würde der Kranken ins Zentrum der Bemühungen stellen und die auch ein humanes Sterben ermöglichen.
- € den Ausbau dezentraler Gesundheitseinrichtungen.
- € den Erhalt und den Ausbau qualitätssichernder Maßnahmen im Gesundheitswesen.
- € die Verbesserung der patientennahen und praxisorientierten Ausbildung in allen Gesundheitsberufen.
- € den Abbau irritierender Hierarchien im Gesundheitswesen zugunsten arbeitsteiliger, kollegialer Kooperationsmodelle.
- € die Verbesserung der Patientenrechte im Sinne von Aufklärung, Mitbestimmung und verschuldensunabhängiger Haftungsregelung.
- € Förderung der Ausbildung und Forschung im Bereich der medizinischen Ethik.

5. Mit voller Frauenpower voraus!

Obwohl Frauen mit 52 Prozent die Mehrheit der Bevölkerung Österreichs stellen, leben wir immer noch in gesellschaftlichen Strukturen, die Frauen auf vielfältige Art und Weise benachteiligen. Mehrere Sparpakete der Bundesregierung haben Frauen überproportional getroffen, nach 13 Jahren großer Koalition verdienen Frauen im Durchschnitt noch immer um rund ein Drittel weniger als Männer, werden Frauen nach wie vor für den Großteil der unbezahlten Arbeit zuständig gemacht, sind Frauen in Spitzenfunktionen Exotinnen geblieben. Trotz des Erfolges des Frauenvolksbegehrens hat die Regierung keinen einzigen seiner Punkte umgesetzt. Frauenpolitik ist

praktisch zum Stillstand gekommen.

Bei den Grünen stehen Frauen und ihre Interessen im Vordergrund. Die Grünen sind die einzige Partei, bei der eine 50%-Frauenquote gilt, zwei von drei Grünen im Parlament sind zur Zeit Frauen.

5.1.) Arbeitsmarkt und Frauen

Frauen werden zunehmend aus dem Arbeitsmarkt gedrängt. Seit zehn Jahren ist die Arbeitslosigkeit von Frauen höher als jene der Männer. Der Wiedereinstieg ins Berufsleben wird immer schwieriger. So werden Frauen gezwungen, Arbeitsverhältnisse am Rand des Arbeitsmarktes einzugehen. Doch von Teilzeitarbeit und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen können die meisten Frauen nicht eigenständig leben. Sie bleiben trotz Erwerbsarbeit von ihrem Partner oder ersatzweise vom Staat abhängig. Vor allem jüngere Frauen werden mit Werkverträgen abgespeist, für ihre soziale Absicherung haben sie selbst zu sorgen. So erspart sich die Wirtschaft auf Kosten der Frauen Geld. Die EU verlangt von Österreich aktive Arbeitsmarktpolitik. Statt passende Schulungsangebote zu bekommen, werden arbeitslose Frauen in billige Bewerbungs-Kurse gesteckt. Dafür wird Frauen mit Kinderbetreuungspflichten das Arbeitslosengeld oder die Notstandshilfe gestrichen, wenn sie keinen Ganztagsjob annehmen können. So haben Frauen dafür zu büßen, daß die Koalitionsregierung es verabsäumt hat, ausreichend Kinderbetreuungsplätze zu schaffen.

Wir Grüne stehen für:

€ gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit sowie ein Mindesteinkommen von 15.000 Schilling, das derzeit gerade in vielen Frauenbranchen nicht erreicht wird.

€ faire Auf- und Einstiegschancen in alle Berufe. Dafür sind unter anderem Frauenförderpläne zu entwickeln. Ohne adäquaten Frauenförderplan darf kein Unternehmen öffentliche Gelder bekommen.

€ die Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen, die das Recht aller Kinder auf einen Betreuungsplatz sicher stellen und entsprechende Öffnungszeiten haben. Kinderbetreuungseinrichtungen muß es überall und flächendeckend geben, dafür ist insbesondere im ländlichen Raum noch viel zu tun.

5.2.) Frauenquoten

Nicht nur die Führungsetagen privater Unternehmen, sondern auch die öffentlichen Institutionen vom Arbeitsmarktservice über die Höchstgerichte bis zu den Ministerien und Universitäten sind nach wie vor fest in Männerhand. Beim Verfassungsgerichtshof sind von 15 Spitzenpositionen zwölf mit Männern besetzt, beim Arbeitsmarktservice sind es 17 von 20. Auf den Universitäten beträgt der Anteil der männlichen Universitätsprofessoren rund 95 Prozent.

Wir Grüne stehen für:

€ verstärkte Beteiligung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Solange das nicht selbstverständlich ist, soll das neben gezielter Frauenförderung auch mit verbindlichen Frauenquoten erreicht werden. Für alle öffentlichen Funktionen von Regierung über den Gewerkschaftsbund bis hin zum Arbeitsmarktservice sind verpflichtende, mindestens 50prozentige Quotenregelungen einzuführen.

€ die Bindung der Parteienförderung an Frauenquoten in der jeweiligen Partei die ganze Förderung kann nur dann ausgezahlt werden, wenn die Frauenquote bei mindestens 50 Prozent liegt.

€ die Vergabe von öffentlichen Aufträgen nur an jene Unternehmen mit Frauenförderplänen, die geeignet sind, gerechte Geschlechterverhältnisse auf allen hierarchischen Ebenen und in allen Berufssparten zu schaffen.

€ Transparenz bei der Frauenförderung durch regelmäßige Überprüfung und Veröffentlichung der Frauenanteile in öffentlichen Institutionen.

5.3.) Frauen und Kinderbetreuung

Männer sollten grundsätzlich die Hälfte der Kinderbetreuung übernehmen. Nach

wie vor werden für die unbezahlten Arbeiten überwiegend Frauen zuständig gemacht. Karenzgeldregelungen, Kindergartensituation, Wiedereinstieg und Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden so fast ausschließlich für Frauen zum Problem.

Tatsache ist: Vom Karenzgeld mit knapp 5.500 Schilling monatlich kann niemand leben, AlleinerzieherInnen wurde in den letzten Jahren der Zugang zum erhöhten Karenzgeld massiv erschwert. Das zweite Sparpaket hat unter anderem dazu geführt, daß das Karenzgeld für Alleinerzieherinnen auf eineinhalb Jahre reduziert wurde. Paare können hingegen theoretisch wenn sich der Mann an der Karenz beteiligt zwei Jahre Karenzgeld bekommen. Kein Wunder, daß bereits jetzt jede fünfte Alleinerzieherin unter der Armutsgrenze lebt. Die Koalition hat daran trotz eines Überschusses im Familienlastenausgleichsfonds nichts geändert.

Gleichzeitig fehlen zumindest 130.000 Kinderbetreuungsplätze. Wenn Frauen (bei Männern wurde noch kein Fall bekannt) keine Ganztagsarbeit annehmen können, weil sie Betreuungspflichten haben, dann gelten sie nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz seit dem zweiten Sparpaket als "arbeitsunwillig", der Bezug von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe wird ihnen gestrichen. Die "Sozial"-Ministerin Hostasch preist den entsprechenden Erlass als gut für Frauen, denn in den ersten drei Monaten müsse ihr das AMS ohnehin bei der Suche nach einem Betreuungsplatz helfen. Gibt es keinen, haben Frauen Pech gehabt.

Wir Grüne stehen für:

€ die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen. Arbeitszeitverkürzung bei Einkommensausgleich ist eine wesentliche Grundlage dafür, daß Männer Zeit für die Kinderbetreuung, für Hausarbeit und Pflegearbeiten erübrigen können.

€ eine Karenzregelung, die ein zum Leben ausreichendes Karenzgeld sichert, flexiblen Wiedereinstieg in das Berufsleben ermöglicht und KarenznehmerInnen arbeitsrechtlich mit anderen Gruppen gleichstellt.

€ flächendeckende Ausstattung mit qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungsplätzen mit den entsprechenden Öffnungszeiten für Kinder aller Altersgruppen.

€ die Beseitigung der mehrfachen Diskriminierung von AlleinerzieherInnen bei der Karenz.

5.4.) Frauenvolksbegehren sofort umsetzen!

Wir Grüne sind die einzige Partei, die uneingeschränkt hinter allen Forderungen des Frauenvolksbegehrens steht. Die Große Koalition hat große Ankündigungen gemacht, dennoch ist zwei Jahre nach dem Frauenvolksbegehren noch kein einziger der elf Punkte zur Gänze umgesetzt. Aber auch die Liberalen stehen nicht hinter allen Punkten. Für uns Grüne endet Frauenpolitik nicht dort, wo die Wirtschaft etwas zur realen Chancengleichheit und zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen muß. Die meisten Forderungen des Frauenvolksbegehrens sind langjährige Forderungen der Grünen.

Wir Grüne stehen für:

€ die vollinhaltliche Umsetzung der Forderungen des Frauenvolksbegehrens.

4.5.) Gewalt gegen Frauen

Gewalt gegen Frauen und Kinder spielt sich in erster Linie in der Familie und im Bekanntenkreis ab. "Gewalt in der Familie" bedeutet in der Realität Männergewalt gegen Frauen und Kinder. Jede fünfte Frau wird im Laufe ihres Lebens in Österreich Opfer körperlicher Gewalt durch ihren Partner. Frauen sind aber auch nach wie vor unzureichend gegen sexuelle Belästigung geschützt. Die in den Gleichbehandlungsgesetzen verankerten Maßnahmen gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz haben nicht die erforderliche Durchsetzungskraft. Während eines laufenden Verfahrens wegen sexueller Belästigung besteht derzeit kein vollständiger Kündigungsschutz für die betroffene Frau, jede Frau muß mit Kündigung rechnen, wenn sie rechtliche Schritte gegen sexuelle Belästigung ergreift. Gegen sexuelle Übergriffe

abseits des Arbeitsplatzes sind Frauen rechtlich kaum geschützt. Große Teile der RichterInnenschaft sehen sexuelle Übergriffe nach wie vor als Kavaliersdelikte und nicht als schwere Verletzungen an.

Wir Grüne stehen für:

- € die ausreichende Ausstattung Österreichs mit Frauenhäusern gemäß internationalen Empfehlungen das würde zumindest eine Vervielfachung der Kapazitäten bedeuten.
- € mehr finanzielle Mittel für die Betreuung von Gewaltopfern.
- € langfristige ausreichende Finanzierung frauen- und mädchenpezifischer Einrichtungen wie Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen.
- € Verbesserung des Gewaltschutzgesetzes in Zusammenarbeit mit betroffenen Frauen und Expertinnen.
- € Kündigungsschutz für am Arbeitsplatz belästigte Frauen während eines Verfahrens.
- € Beweiserleichterung für die belästigte Frau.
- € stärkere Rechtskraft von Gutachten der Gleichbehandlungskommissionen in Gerichtsverfahren.
- € die Schaffung eines eigenen Tatbestandes "sexuelle Belästigung" im Strafrecht. Damit können sexuelle Übergriffe gegen Frauen rechtlich sanktioniert werden.

5.6.) Sexuelle Selbstbestimmung

In unserer patriarchalen Gesellschaft sind es Männer, die die gesellschaftlichen Normen vorgeben. Frauen werden häufig nicht als gleichberechtigtes Subjekt, sondern als Objekt begriffen, mit dem auch sexuell nach dem Belieben des Mannes verfahren werden kann. So wird die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen nach wie vor immer wieder beschränkt. Deutliches Beispiel dafür, daß Frauen weiterhin abhängig und verfügbar gehalten werden sollen, sind die immer wieder aufflammenden Diskussionen über die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruches. Aber auch die Diskriminierung lesbischer Lebensformen zeigt dieses Bestreben.

Wir Grüne stehen für:

- € die freie Wahl der Lebensform für Frauen und Männer.
- € die freie Wahl und kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln.
- € die freie Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch. Damit die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs keine soziale Frage wird, muß dieser auf Krankenschein möglich sein. Außerdem ist sicherzustellen, daß in allen Bundesländern entsprechende Einrichtungen bestehen.

5.7.) "Versteckte" Diskriminierungen

Viele Diskriminierungen von Frauen geschehen weiterhin unbemerkt und bleiben "selbstverständlich". Dazu zählen sprachliche Diskriminierung durch das Verschweigen von Frauen ebenso wie Benachteiligungen in der medizinischen Behandlung und bei deren Finanzierung.

Wir Grüne stehen für:

- € die ausdrückliche Benennung beider Geschlechter in allen amtlichen Texten und allen Unterrichtsmaterialien.
- € das Aufdecken, Öffentlich machen und Beseitigen aller versteckten Diskriminierungen.

6. Kontrolle ist Grün

Seit Jahren mißbraucht die Große Koalition ihre Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament zur Einschränkung der Kontrollrechte der Opposition. Obwohl die

Grünen immer wieder die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen fordern, warten zahlreiche Skandale weiter auf ihre Aufklärung.

Marcus Omofuma: Tod bei Abschiebung

Der Tod des nigerianischen Schubhäftlings Marcus Omofuma, der erstickt war, nachdem ihm Exekutivbeamte gesetz-widrig Mund und Nase verklebt hatten, wartet weiter auf seine Aufklärung. Obwohl Innenminister, Ministerialbeamte und Polizisten bis heute nicht zweifelsfrei klären konnten, wer von der gesetzwidrigen Praxis des Mundverklebens wußte, wurden außer einigen kosmetischen Korrekturen keine Konsequenzen vom Innenminister aus dem gewaltsamen Tod des Nigerianers gezogen. Die von den Grünen geforderte umfassende Untersuchung des Falles wurde von SPÖ und ÖVP verhindert.

Provisionsabsprachen bei Waffenkäufen

Obwohl ein ÖVP-Abgeordneter wegen verbotener Provisionsabsprachen zwischen den Koalitionsparteien bei Waffenkäufen den Hut nehmen mußte, wird eine Untersuchung der Affäre von der Großen Koalition weiter verhindert.

Koalitionärer Postenschacher: Freitod des Kontrollbankchefs

Eine Untersuchung der Affäre Prashak der Chef der Kontrollbank hatte Regierungsparteien und Banken der rechtswidrigen Einflußnahme beschuldigt und sich das Leben genommen wird von der Großen Koalition verhindert.

Wiener Kurdenmorde: Außenamt beugt sich iranischem Druck

Obwohl ein deutsches Gericht im Jahr 1997 eine Verbindung der Täter zur iranischen Regierung bestätigte, wird von den Regierungsparteien bis heute die Untersuchung der Wiener Kurdenmorde verweigert. Nach diplomatischem Druck des Iran auf Österreich konnten die Mörder der drei Kurden das Land unbehelligt verlassen. Eine Schlüsselrolle spielte der jetzige Bundespräsident Klestil, er war damals Generalsekretär im Außenministerium.

Lassingner Grubenunglück

Nachdem im Vorjahr bei einem Grubenunglück im steirischen Lassing elf Bergleute verschüttet worden waren, verlief die Bergung chaotisch und zum Teil offen fahrlässig. Lediglich einer der Verschütteten konnte geborgen werden. Die Rolle des Wirtschaftsministers als oberste Bergbehörde ist weiter ungeklärt, der Untersuchungsbericht ist teilweise falsch, auf wichtige Fragen gibt es weiterhin keine Antwort. Eine Untersuchung der Vorgänge rund um das Grubenunglück scheitert am Veto der Koalitionsparteien.

Bruch des Kriegsmaterialgesetzes durch den Verteidigungsminister

Unter Beihilfe eines Schweizer Waffenhändlers exportierte Verteidigungsminister Fasslabend 40.000 gebrauchte Sturmgewehre des österreichischen Bundesheeres in die ganze Welt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts auf Verstoß gegen das Kriegsmaterialiengesetz durch den Verteidigungsminister, die Regierungsparteien lehnen eine parlamentarische Untersuchung ab.

Millionenschaden durch Baukartell

Durch Kartellbildung und Preisabsprachen von Baufirmen wurde die Öffentlichkeit um Millionenbeträge geschädigt. Obwohl mehrere Unternehmen inzwischen gerichtlich verurteilt wurden, lehnen die Koalitionsparteien eine Untersuchung des Baukartells weiter ab.

„Euroteam³-Affäre: Günstlingswirtschaft in Regierungsnähe

Im Dunstkreis des Bundeskanzlers und der Sozialministerin versickerten Millionenbeträge aus den Lehrlingsinitiativen der Regierung im parteinahen „Euroteam³-Imperium. Eine Untersuchung der Günstlingswirtschaft in Regierungsnähe kam erst auf Initiative der Grünen zustande. Die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Wir Grüne stehen für:

€ moderne Kontrolle, bei der Transparenz im Mittelpunkt steht.

€ klare Formulierung der Vergaberichtlinien. Freihändige Vergaben öffentlicher Aufträge müssen der Vergangenheit angehören.
€ die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen auch auf Verlangen parlamentarischer Minderheiten.
€ Ausweitung der Kontrollrechte der Opposition.

Ihre Stimme für Grün.
Starke Grüne machen es besser.

Wirtschaften in Einklang mit der Umwelt sichert unsere Lebensgrundlagen und schafft neue Arbeitsplätze.

Fair teilen von Arbeit, Zeit und Geld ist möglich man muß es nur politisch wollen.

Als neutraler Vermittler in internationalen Konflikten kann Österreich eine wichtige, aktive Rolle spielen als NATO-Mitglied wäre Österreich der Militärpolitik großer Staaten ausgeliefert.

Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen gibt allen neue Freiheit: Enge Rollenbilder werden über Bord geworfen, Frauen und Männer können ihre individuellen Fähigkeiten umsetzen.

Erst wenn Menschenrechte für alle gelten, können wir sicher sein, daß sie auch für uns gelten.

Politik darf nicht nur einigen wenigen überlassen werden deswegen Mund auf!

Wir Grüne zeigen, wie es besser geht. Deswegen haben wir in diesem Wahlprogramm nicht nur unsere Ziele genannt, sondern auch ganz konkrete Wege dargestellt.

In den letzten Jahren haben wir zu den wichtigsten Zukunftsthemen detaillierte Konzepte erarbeitet. Wir freuen uns, wenn Sie mehr darüber wissen wollen.